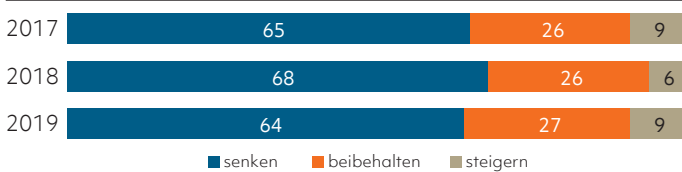


# Vertrauen in alle drei Säulen sinkt weiter

Das Vertrauen in die Altersvorsorge hat im zurückliegenden Jahr zwar nicht so stark wie 2018, aber dennoch weiter abgenommen. Nachdem 2017 ein Anstieg beobachtet werden konnte, fielen nun schon im zweiten Jahr in Folge die Einschätzungen zur Sicherheit der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge niedriger aus. Das ergab die jüngste Erhebung für den DIA-Deutschland-Trend Vorsorge. Mit dieser Befragung ermittelt das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) einmal jährlich das Vertrauen in die drei Säulen der Alterssicherung, die Erwartungen an den Lebensstandard im Alter und die Vorsorgeplanungen. Dabei schätzen die Befragten die Sicherheit und Verläss-

lichkeit der verschiedenen Altersvorsorgesäulen auf einer Skala von 0 (schlechtester Wert) bis 10 (besten Wert) ein. Durchgeführt wurde die Umfrage von Insa-Consulere im Dezember 2019 als Online-Befragung. Teilgenommen haben 1 007 Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren.

## Erwartungen an den Lebensstandard im Alter leicht verbessert



in Prozent, je ohne „keine Angabe“; n = 1 039 beziehungsweise 1 033 (2017), 1 014 beziehungsweise 969 (2018) und 1 007 beziehungsweise 948. Zweite Zahl jeweils ohne „keine Angabe“

Quelle: DIA Vorsorge/Insa

lichkeit der verschiedenen Altersvorsorgesäulen auf einer Skala von 0 (schlechtester Wert) bis 10 (besten Wert) ein. Durchgeführt wurde die Umfrage von Insa-Consulere im Dezember 2019 als Online-Befragung. Teilgenommen haben 1 007 Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren.

2019 ist demnach das Vertrauen in alle drei Säulen der Altersvorsorge gesunken, nachdem es bereits 2018 zurückgegangen war. Dass das Vertrauen in die gesetzliche Rente mit einem Mittelwert von 3,9 Prozent im Vergleich am schlechtesten ausfällt, muss dabei nicht überraschen. Doch auch das Vertrauen in die bAV und die private Vorsorge ist mit 4,8 beziehungsweise 4,7 Prozent nur mittelprächtig.

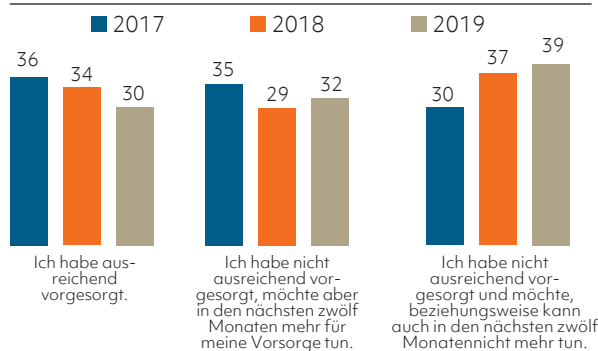
Konsequenterweise gehen deshalb knapp zwei Drittel der Bürger davon aus, im Alter ihren Lebensstandard mehr oder weniger senken zu müssen. Gegenüber den beiden Vorjahren ist das ein

## Vorsorgesituation weiter verschlechtert

Nur noch 30 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie genug fürs Alter vorgesorgt haben. 2017 waren es noch 36 Prozent. Diese Erkenntnis mündet allerdings nur sehr bedingt in Entscheidungen, mehr für die eigene Vorsorge zu tun. Konkret plant das nur knapp jeder dritte Befragte (32 Prozent). Das ist zwar ein Anstieg um 3 Prozentpunkte gegenüber 2018, bleibt jedoch immer noch um ebenfalls 3 Prozentpunkte hinter dem Wert von 2017 zurück.

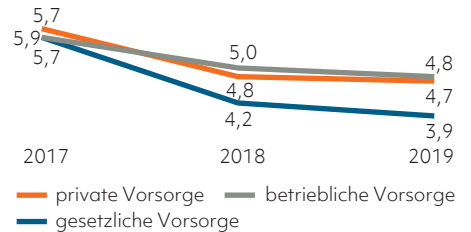
Gleichzeitig ist die Quote derjenigen, die sich zu einem Vorsorgedefizit bekennen, dennoch aber in den kommenden zwölf Monaten nicht mehr tun wollen, weiter angestiegen und beträgt jetzt 39 Prozent. Insgesamt hat sich die Vorsorgesituation damit gegenüber 2018, noch

## Immer weniger Menschen wollen ihre Vorsorge aufstocken



in Prozent, je ohne „keine Angabe“; n = 1 006 (2017), 911 (2018) und 878 (2019). Quelle: DIA Vorsorge/Insa

## Vertrauen in die Altersvorsorge erodiert weiter



Vertrauen auf einer Skala von 0 (völlig unsicher) bis 10 (ganz sicher) n = 1 026 (2017), 970 (2018) und 909 (2019), Mittelwert aller Befragten (ohne weiß nicht/keine Angabe)

Quelle: DIA Vorsorge/Insa

stärker jedoch im Vergleich zu 2017 verschlechtert.

## Fehlende Impulse aus der Politik

Überraschend ist das alles nicht. Die von der Politik thematisierte „doppelte Haltelinie“ für das Beitrags- und Rentenniveau hat schließlich eine kurze Halbwertszeit. Pläne für die Zeit nach 2030 liegen bislang nicht auf dem Tisch. In der privaten wie auch der betrieblichen Vorsorge schlägt das Niedrigzinsumfeld auf Lebensversicherungen und Pensionskassen durch. Und das als Heilsbringer der bAV propagierte Sozialpartnermodell ist bislang nicht einmal in den Tarifverträgen angekommen.

Auf diese Weise tritt die Altersvorsorge immer weiter auf der Stelle und wartet auf Impulse aus der Politik – sei es nun eine längerfristige Perspektive für die gesetzliche Rentenversicherung oder auch ein staatlich organisiertes Standardprodukt. Klarheit zu schaffen hat jetzt Priorität. Der Staat muss aber auch Anreize setzen. Je länger die ausbleiben, umso mehr dürfte sich die Vorsorgesituation weiter verschlechtern. In einem Umfeld, in dem die „fetten Jahre“ zumindest dem Ende entgegen gehen und künftig vielleicht wieder mehr Menschen das Geld für Eigenvorsorge fehlen wird, ist das keine beruhigende Perspektive. Red.